# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 15. Montag, 19. Januar 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 5 mm breite, 22 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". – Im Falle höherer Gewalt – Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Vor der Regierungserklärung.

Berlin, 19. Januar.

BVD. Die nunmehr für Montag abend angesetzte **Programmerklärung des Reichskanzlers Dr. Luther** bildet gegenwärtig den Gegenstand lebhafter Erörterungen der maßgebenden parlamentarischen Kreise, die der Meinung sind, daß der unpolitische Charakter des neugebildeten Kabinetts sich nicht in dem von Dr. Luther gewünschten Sinne aufrecht erhalten lassen wird. Infolgedessen hat sich auch das neue Kabinett entschlossen, soweit als notwendig zu den innerpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, um der Opposition nicht die Gelegenheit zu geben, die Zurückhaltung des Kanzlers als Schwäche der Regierung auszulegen. Die Regierungserklärung selbst wird allerdings verhältnismäßig reserviert gefaßt sein, da es die parlamentarische Lage erfordert, auf das Zentrum Rücksicht zu nehmen, das seine Vorbehalte gegenüber dem neuen Kabinett immer stärker betont.

Der Reichskanzler hatte nach der Vertagung der Regierungserklärung nochmals den Versuch unternommen, sich mit der demokratischen Partei zu verständigen, indem er bekanntlich dem **sächsischen Finanzminister Dr. Reinhold**, der zur demokratischen Partei gehört, **das Reichsfinanzministerium anbot.** Er erhielt jedoch eine ziemlich schroffe Absage, was darauf schließen läßt, daß die wiederholten Versuche Dr. Luthers, die parlamentarische Grundlage seiner Regierung zu erweitern, von vornherein an der Haltung der demokratischen Partei zum Scheitern verurteilt sind. In den volksparteilichen Kreisen bedauert man es, daß die früher zur Mitte gehörenden Parteien jetzt jeden inneren Zusammenhang verloren haben und damit eine Entwicklung vorbereitet wird, die namentlich in außenpolitischer Einsicht bedenklich erscheinen müßte. Die Regierungserklärung bringe eindeutig zum Ausdruck, daß an eine Aenderung des früheren Regierungskurses nicht gedacht wird und daß lediglich eine Verschiebung der Kräfte eingetreten sei, die diese Politik zu tragen hätte. Dr. Luther werde besonders betonen, daß er für seine Person und auch der **Außenminister Dr. Stresemann** sich dafür verbürgen, daß die **Außenpolitik sich in nichts von der des früheren Kabinetts unterscheiden werde.**

Die **Demokraten und die Sozialdemokratie** werden in der sich an die Regierungserklärung anschließende Debatte **offen zum Regierungsangriff** übergehen. Sie sind in ihrer schroff ablehnenden Haltung offensichtlich dadurch ermutigt worden, daß das neue Kabinett im Auslande und insbesondere in Amerika eine wenig günstige Aufnahme gefunden hat. Ihre Redner werden daher besonders betonen, daß es im höchsten Grade bedenklich erscheine, in der jetzigen gespannten Situation eine Regierung zusammen zu stellen, die ihrer ganzen Zusammensetzung nach innerpolitische Konflikte hervorrufen müßte. Nur dadurch sei es möglich geworden, daß jetzt die deutschfeindliche Propaganda in England und Amerika mit dem Argument arbeite, daß Deutschland auf dem Wege sei, das alte Regime wieder herzustellen. Außenminister Dr. Stresemann hat die Absicht, auf die Angriffe der Linksparteien einzugehen, indem er insbesondere den Vorwurf zurückweist, als handele es sich bei dem jetzigen Kabinett um eine Regierung mit antirepublikanischen Tendenzen. In den parlamentarischen Kreisen erwartet man jedenfalls einen sehr **interessanten Kampf zwischen dem Außenminister und der Opposition.**

Weiterhin dürfte die Tatsache von Bedeutung sein, daß der **Fraktionsvorstand des Zentrums** durch einen Wortführer des ausgesprochenen linken Flügels, den Abgeordneten **Joos**, ergänzt worden ist, der neben dem Vorsitzenden Fehrenbach als entschiedener Anhänger des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth gelten kann. Der bisherige Kanzler Dr. Marx dürfte innerhalb der Zentrumsfraktion selbst vorläufig nicht allzu stark hervortreten, da er noch immer bei seiner Partei eine gewisse Anwartschaft auf ein führendes Regierungsamt besitzt und evtl. auch als Kandidat für die Reichspräsidentschaft in Aussicht genommen werden könnte.

*

### Ein Vertrauensantrag für die Regierung?

Berlin, 19. Januar. Wie wir erfahren, sind die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen zu dem Schluß gekommen, daß es notwendig und zweckmäßig erscheint, im Anschluß an die Regierungserklärung einen Vertrauensantrag für das Kabinett Luther einzubringen. Es war zuerst geplant, sich bei diesem Antrag auf den Artikel 54 der Reichsverfassung zu berufen. Diese Absicht wurde jedoch aufgegeben, da man unter allen Umständen erwartet, daß sich die Mehrheit des Zentrums für den Vertrauensantrag entscheiden wird. Eine Billigungsformel soll deswegen nicht eingebracht werden, weil dies von der Opposition als Zeichen der Schwäche ausgelegt würde.

### Der Finanzministerposten noch unbesetzt.

)( Berlin. Es verlautet, daß mit der Ernennung des Reichsfinanzministers heute bestimmt zu rechnen sei. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Reichskanzler vermutlich den **früheren preußischen Finanzminister und jetzigen Vorsitzenden des Reichsrechnungshofes Sämisch** erneut auffordern werde, dieses Ressort zu übernehmen. Wie der „Montag" meldet, wird die Besetzung des Reichsverkehrsministeriums vorläufig unterbleiben, da von verschiedener Seite für eine Zusammenlegung dieses Ministeriums mit einem anderen Portefeuille, wie es bereits mit dem für die besetzten Gebiete geschehen ist, eingetreten wird.

# Verschleppung der Handelsvertrags-Beratungen.

## Die französischen Einwendungen.

)( **Paris. Die französische Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen hat am Sonnabend der deutschen Delegation ein Schreiben übersandt, in dem sie ihre in der letzten Sitzung gemachten Vorschläge niedergelegt hat. Die deutsche Delegation hat sogleich die Prüfung dieser Dokumente begonnen, die bei der Bedeutung der betreffenden Entscheidung voraussichtlich einige Tage in Anspruch nehmen wird.**

)( Paris. W. T. B. teilt mit: Gegenüber falschen Darstellungen der französischen Presse über den augenblicklichen Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ist nochmals zu betonen, daß der **Hauptgrund der entstandenen Meinungsverschiedenheiten** darin zu finden ist, daß die deutsche Delegation an dem von den beiderseitigen Präsidenten am 12. Oktober 1924 unterzeichneten deutschen Protokolltexte festhält, dessen **wesentlicher Inhalt die Einräumung der Meistbegünstigung de jure an Frankreich gegen die Meistbegünstigung de facto an Deutschland bildet.** Die deutsche Delegation hat keinen Anlaß gesehen, für das in Aussicht genommene kurzfristige Abkommen die gemeinsam gefundene Grundlage zu verlassen oder sie, wie die französische Formel lautet, „nicht mehr vollständig anzuwenden".

Einen weiteren Punkt der Meinungsverschiedenheiten bildet die Frage der **Vorzugsbehandlung der elsaß-lothringischen Waren.** Die deutsche Delegation hat an ihrem wiederholt dargelegten Standpunkt festgehalten, daß jede Verhandlung abgelehnt werden müsse, die in der Praxis auf eine Verlängerung des im Versailler Vertrage vorgesehenen Regimes hinauslaufe. Dagegen hat sie sich bereit erklärt, bei Erörterung der einzelnen Warengebiete zu prüfen, inwieweit den besonderen Verhältnissen Elsaß-Lothringens durch eine Vorzugsbehandlung Rechnung getragen werden könnte. Die deutsche Delegation hat jedoch dabei den Vorbehalt gemacht, daß Vorzugsrechte, die auf diesem Weg geändert werden könnten, in Wegfall kämen, falls sie auf Grund der Meistbegünstigung von „dritten Staaten" in Anspruch genommen würden. Tatsächlich ist Deutschland auf Grund des mit fast allen anderen Staaten bestehenden Meistbegünstigungsverhältnisses diesen gegenüber verpflichtet, jenen dieselben Vorzugsrechte einzuräumen, die Frankreich für elsaß-lothringische Waren bekommen würde. **Würden „dritte Staaten" von diesem Rechte Gebrauch machen, so würde eine für die deutsche Wirtschaft unerträgliche Durchbrechung des geltenden Zollschutzes eintreten.**

Französische Zeitungen behaupten, Deutschland habe in dieser Frage **England zum Schiedsrichter** zwischen Frankreich und Deutschland machen wollen. Wenn im Verlauf der Erörterungen auf beiden Seiten der Name Englands ebenso wie der anderen Staaten erwähnt worden ist, so ist dies nur zur beispielsweisen Erläuterung des Problems geschehen. Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß es ihre Pflicht ist, sich mit den „dritten Ländern" darüber auseinanderzusetzen, ob sie auf Grund der Meistbegünstigung die Frankreich gedierten Vorzugsrechte beanspruchen wollen oder nicht. **Eine schiedsrichterliche Tätigkeit eines Staates kommt demnach überhaupt nicht in Frage.**

*

* **Paris. Die hiesige Presse, die gestern aus einem nicht ganz ersichtlichem Grunde von einem bevorstehenden Abbruch der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gesprochen hat, obwohl sie wußte, daß Handelsminister Reynaldi der deutschen Wirtschaftsdelegation schriftlich Vorschläge zur Prüfung unterbreiten würde, erklärt heute, gestern hätten die Unterkommissionen der beiden Delegationen die Frage der Errichtung deutscher Kontrolleure in Frankreich besprochen, was ein Beweis dafür sei, daß man deutscherseits weiter verhandeln wolle.**

## Der neue Reichsjustizminister.

Der zum Reichsjustizminister ernannte **Wirkl. Geh. Oberjustizrat, Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Frenken** wurde am 18. März 1904 Geh. Oberjustizrat, am 30. April 1913 Ministerialdirektor mit dem Charakter als Wirkl. Geh. Oberjustizrat, am 11. Februar 1914 Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen und am 27. August 1916 Präsident des Oberlandesgerichts in Köln. Letzteren Posten bekleidete Frenken bis 1922, wo er in den Ruhestand trat. Parteipolitisch steht der neue Justizminister dem Zentrum nahe.

**Der neue Staatssekretär der Reichskanzlei**

**Dr. Franz Kempner** ist aus der Staatsanwaltschaft hervorgegangen. Im Reichsdienste war er zunächst in der Kolonialverwaltung und in unseren Kolonien tätig, von 1911 bis 1919 als Verwaltungsbeamter in Deutsch-Ost-Afrika, wo er als Bezirksamtmann fungierte. Darnach trat er zum Gouvernement in Daressalam über. An den Kämpfen in Deutsch-Ost-Afrika war er als Offizier beteiligt und wurde mehrfach verwundet. Nach dem Kriege trat er in das Wiederaufbauministerium und 1920 in die Reichskanzlei über. In dieser Stellung wurde er im November 1923 zum Ministerialdirektor ernannt.

**Der neue Pressechef.**

Zum Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung ist der **Ministerialrat der Reichskanzlei Dr. Kiep** ernannt worden. Dr. Kiep ist nicht, wie es bei den früheren Pressechefs üblich war, journalistischer Fachmann, sondern kommt aus der Verwaltungslaufbahn. Seine Jugend hat er in England verbracht, wo er auch auf der Londoner Universität den Doktorgrad erhielt. Als Offizier war er Kriegsteilnehmer. Nach dem Kriege übernahm ihn das Auswärtige Amt. Er hat als Mitglied der deutschen Friedensdelegation an den Verhandlungen in Versailles teilgenommen und ist auch auf allen späteren internationalen Konferenzen in der Friedensangelegenheit, wie in Genua und London, zugegen gewesen. Nachdem er 1922 vorübergehend als Geschäftsträger der deutschen Regierung in Budapest beschäftigt war, nahm er an den Verhandlungen in Washington zur Regelung der amerikanischen Reparationsansprüche teil. Zuletzt war er vortragender Rat in der Reichskanzlei. Als Leiter der Presseabteilung ist er zum Ministerialdirektor aufgerückt.

## Der Gedenktag der Reichsgründung.

Berlin. Der Tag der Reichsgründung wurde durch mehrere Veranstaltungen gefeiert. Die Ortsgruppe Berlin des Schleswig-Holstein-Bundes hatte zu einer **Nordmarkfeier** eingeladen, zu der neben dem neuen Reichsinnenminister Schiele, dem preußischen Handelsminister Siering, dem Oberbürgermeister Böß, auch Vertreter der Wissenschaft, darunter Professor Nernst, erschienen waren. Nachdem der Kieler Universitätsprofessor Scheel in einer Begrüßungsansprache erklärt hatte, die Schleswig-Holsteiner wollten am Tage der Reichsgründung bekunden, daß sie ein lebendiges Glied des deutschen Reiches und des deutschen Volkes seien, sprach der Zeppelinführer **Dr. Eckener** als Ehrenbürger der Stadt Flensburg. Er führte aus, daß Deutschland, um das Gewissen der Welt zu erwecken, kulturelle Taten vollbringen müsse. Die moralischen Eroberungen, die Deutschland im Ausland machen könne, leiden aber an dem deutschen Parteigezänk. Als Vertreter der philosophischen Fakultät der Berliner Universität teilte dann Professor Petersen mit, daß seine Fakultät beschlossen habe, die wissenschaftlichen Verdienste Dr. Eckeners durch die Verleihung der Würde eines Ehrendoktors der Staatswissenschaften zu ehren.

Die **Berliner Universität** feierte den Tag der Reichsgründung in der Aula durch eine Veranstaltung, bei der der Rektor, der Theologieprofessor Seeberg, die Festrede hielt. Er erwartet eine geistige Erneuerung Deutschlands nur von dem Neuerwachen jenes Idealismus, der vor 100 Jahren die Blüte der deutschen Philosophie ausmachte.

Dresden. In Dresden fand am Sonntag eine Reichsgründungsfeier der **Väterländischen Verbände und der Militärvereine** statt.

Essen. In Dortmund war aus Anlaß der Reichsgründungsfeier von deutschnationalen und deutschvölkischen Verbänden und auch von der Deutschen Volkspartei ein „Deutscher Tag" geplant. Auf dem Programm stand neben der Vorführung des Films „Fridericus Rex" der Aufmarsch der Fahnenkompagnien, Zapfenstreich und eine Hauptfeier, an der die Generale v. Einem und v. Wehrlich teilnehmen sollten. Als daraufhin das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" Gegenkundgebungen veranstalten wollte und seine Hundertschaften aus der Umgebung zusammenzog, verbot der Polizeipräsident von Dortmund die Abhaltung der Veranstaltung, soweit sie sich nicht auf geschlossene Säle erstreckte.

Budapest. Der Verein der Reichsdeutschen hielt gestern eine Reichsgründungsfeier ab. Oberingenieur Raabe begrüßte die Gäste in Vertretung des verreisten Gesandten Grafen Welcek. Legationsrat Boltze brachte den Toast auf Ungarn und den Reichsverweser aus. Der Direktor der reichsdeutschen Schule, Studienrat Brinckmann, hielt die Festrede. Ein deutscher Männerchor trug Lieder vor. Die Versammlung sang die ungarische Hymne mit deutschem Text.

## Das Ergebnis der Lippeschen Landtagswahlen.

Nach einer Meldung aus Detmold hatten die **Lippeschen Landtagswahlen** folgendes Ergebnis: Es erhielten die Sozialdemokraten 8 Mandate, die Deutschnationalen 6, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum je drei, die Demokraten, die Kommunisten, der Christliche Gewerkverein und die Wirtschaftliche Vereinigung je ein Mandat.

### Frankreich rüstet!

)( **Paris.** In Anwesenheit des Präsidenten der Republik hat gestern nachmittag eine Kundgebung des Verbandes der Gesellschaften zur **körperlichen Ertüchtigung und zur Vorbereitung für den Militärdienst** stattgefunden. Kriegsminister **Nollet** hielt an die Leiter der Vereinigung eine Ansprache, in der er nach längeren Ausführungen über den Gedanken der bewaffneten Nation erklärte, **die Vorbereitung für den Militärdienst sei die Vorbedingung für die Reorganisation des Heeres,** über die die Regierung demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen werde.